

## **ANFRAGEN an den Bürgermeister**

### **1) Baumaßnahmen; Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof/Masterplan**

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! In meiner Anfrage geht es um die Baumaßnahmen Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof und hier um die Verkehrsbelastung für den Grazer Westen. Die Anfrage lautet: Unter Einbindung der betroffenen Bezirksvorstehungen eine Art Masterplan betreffend die zu erwartenden Verkehrsbelastungen für die AnrainerInnen zu entwickeln sowie die AnrainerInnen wie auch EinpendlerInnen rechtzeitig über die zu erwartenden Behinderungen zu informieren und Lösungsvorschläge hiezu zu erarbeiten (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Vielen Dank, habe unter anderem schon Treffen mit den Bezirksvorstehern begonnen, es sind ja mehrere davon betroffen. Selbstverständlich wird das jetzt eines der wichtigsten Themen, nämlich nicht nur einen Masterplan zu entwickeln, sondern auch ein Management auf die Beine zu stellen, das neben dem Baumanagement die Anliegen der BewohnerInnen, aber auch die Anliegen der Wirtschaft noch einmal zusammenfasst, und es wird eine Riesenherausforderung der nächsten Jahre sein. Danke auch für diese Anfrage.

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Sorge in der Zeit vor, dann hast du in der Not: Eine Weisheit, die gerade jetzt auch für die Verkehrsplanung gilt. Denn die „Not“ steht vor der Tür: Wenn ab April für die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof die Bagger auffahren werden, stehen massive Behinderungen bis Sperrungen im Umfeld des Kreuzungsbereichs Eggenberger Straße, Bahnhofgürtel und Annenstraße ins Haus.

Was jetzt dringendst entwickelt gehört, ist ein Masterplan – und zwar auch unter Einbeziehung der betroffenen Bezirksvertretungen. Zum einen sollten sich die EggenbergerInnen nämlich nicht, wie schon einmal passiert, aus der Stadt „ausgesperrt“ sehen; zum anderen wird die ohnehin meist überbelastete Peter-Tunner-Gasse nicht als Ersatz für die Eggenberger Straße erhalten können; und schon gar nicht ist wünschenswert, dass Eggenberger Nebenstraßen als Nord-/Süd-Durchzugsverbindung erhalten müssen, wenn etwa – speziell während der Reisesaison – das eine oder andere Mal der Plabutschunnel gesperrt ist und über den Bahnhofgürtel nichts geht.

Dieses Bauvorhaben ist nicht nur verkehrstechnisch ein „Jahrhundertprojekt“ – es stellt auch aufgrund des Ausmaßes, der Bauzeit und der damit verbundenen Verkehrsbehinderungen eine enorme Herausforderung dar. Mit ein paar Umleitungstaferln wird es somit diesmal nicht getan sein – es braucht auch begleitende Maßnahmen, um Teile des Verkehrs am besten rechtzeitig abfangen, zumindest aber großräumig umleiten zu können.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist zu veranlassen, dass

1. unter Einbindung der betroffenen Bezirksvorstehungen eine Art Masterplan betreffend die zu erwartenden Verkehrsbelastungen für die AnrainerInnen entwickelt wird
2. AnrainerInnen wie auch EinpendlerInnen rechtzeitig über die zu erwartenden Behinderungen informiert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 2) Beantwortung der mündlichen Anfrage von der Gemeinderatssitzung vom 24.9.2009

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Martiner**: Werter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Anfrage bezieht sich auf die Gemeinderatssitzung 24. September, da stellt ich die Anfrage auf Grund der AktivbürgerInnen bezugnehmend auf den Hochwasserschutz und bis heute, Herr Bürgermeister, noch keine Antwort, daher stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die Anfrage: Wann ist eine schriftliche Beantwortung Ihrerseits vom Büro aus möglich, denn ich und auch die AktivbürgerInnen von der Bürgerinitiative warten auf eine schriftliche Beantwortung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich werde das geschäftsordnungsgemäß erledigen. Die Antworten sind zum Teil auch unterwegs, das Thema Weinitzen ist ja auch heute, glaube ich, in Weinitzen schon wieder im Vorstand, da ist einiges unterwegs, sobald ich das von den Ämtern habe, schicke ich das auch weiter. Baumaßnahmen sind unterwegs, und Weinitzen ist heute auch wieder im Vorstand mit dem Bürgermeister, bearbeitet worden. Es darf uns da nichts mehr aufhalten, das muss kommen, weil die linearen Ausbaumaßnahmen, Baustufe 1 und 2, Schöckelbach ist da, Stattegg, Weinitzen, gibt es, wie gesagt, ein paar Probleme vor Ort, aber der Bürgermeister mit dem ich im regen Kontakt war, auch in den letzten Wochen, versucht gerade, ich glaube heute oder gestern hat es auch die Sitzung in Weinitzen wieder gegeben, das zustande zu bringen. Aber ich werde alles schriftlich beantworten.

### Motivenbericht nur schriftlich:

Im Rahmen der Gemeinderatssitzung am 24. September 2009 stellte ich auf Ersuchen der Andritzer AktivbürgerInnen bezugnehmend auf den Hochwasserschutz

in Andritz an Sie einen Fragenkatalog, der jedoch Ihrerseits bis dato unbeantwortet blieb.

Ich stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs die

### **A n f r a g e :**

Nachdem Sie am 24. September 2009 die Anfrage nicht beantwortet haben und Sie nach Wortprotokoll sagten, die Anfrage werde geschäftsordnungsgemäß bearbeitet, bis dato - 24. März 2010 – also 6 Monate später, aber noch immer keine schriftliche Beantwortung erfolgte und die BürgerInnen und ich gerne eine Stellungnahme hätten, bis wann wir mit dieser rechnen können.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

GR. **Martiner**: Beide mündlichen Anfragen, weil jetzt kommt ja die zweite auch noch schriftlich. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Entschuldigung, zur zweiten darf ich nur sagen, das ist unterwegs, ich habe da sogar mitgebracht eine Teilantwort, die möchte ich gleich überreichen.

### **3) Hochwasserschutz Schöckelbach Andritz**

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit Samstag 21. März 2010 ist wieder der Frühling ins Land gezogen und somit kann man im Frühling und auch Sommer wieder Regenfälle erwarten. Seit über 4/5 Jahren erwarten sich betroffene Hochwasseropfer in Andritz einen Hochwasserschutz, und am 24.09.09 wurde ja ein Gemeinderatsstück Sachprogramm Hochwasserschutz im Gemeinderat beschlossen, in diesem sind auch die notwendigen Maßnahmen für den Schöckelbach inkludiert - und wie man vor Ort sehen, kann laufen die Bautätigkeiten.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion die

**A n f r a g e :**

1. Wie weit sind die notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen im Linearausbau am Schöckelbach und bis wann kann man einen Abschluss erwarten?
2. Wie weit sind die Vorbereitungsschritte für die Realisierung der unbedingt notwendigen Rückhaltebecken in Weinitzen und bis wann ist die Umsetzung zu erwarten?
3. Wie viel von den 120.000.- €, die Sie sich im Gemeinderat am 24.9.09 beschließen haben lassen, wurde schon für die Information der Betroffenen (Bürgerinformation) ausgegeben - und in welcher Form (Zeitung, Folder Plakate etc)?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### 4) Sozialwohnungen für Familien ab 5 Personen

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Große Familien in unserer Stadt müssen lange auf eine Sozialwohnung warten. Die Ursache ist auch darin begründet, dass das Angebot sehr bescheiden ist, aber auch natürlich, dass in der Vergangenheit tendenziell kleinere Wohnungen gebaut wurden und somit auch dem Flächenbedarf für große Familien nicht Rechnung getragen werden kann. Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage, wie die Stadt beziehungsweise Sie als Bürgermeister im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz im städtischen Bereich hier Lösungen schaffen können (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich habe mit der Frau Stadträtin Kahr darüber gesprochen. Es ist auch vielleicht ein ganz wichtiger Punkt, weil wir sehr oft klagen, wie das bei uns in Graz läuft und wie es sonst wo läuft. Ein Beispiel nur von Wien ist, in Wien muss man überhaupt zwei Jahre seinen Hauptwohnsitz haben, sich zwei Jahre quasi anmelden oder zwei Jahre abwarten, bis man sich anmelden kann. In der Landeshauptstadt Graz ist es natürlich so, dass du ab dem ersten Tag, wenn du dich hier angemeldet hast, sofort die Möglichkeit hast, dich um eine solche Wohnung zu bewerben, obwohl ja das Verhältnis der Wiener Gemeindewohnungen zu uns...

*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Na selbstverständlich musst du auch bei uns warten und wir haben nicht in dem Ausmaß, leider Gottes, Wohnungen für solche Großfamilien, aber die Frau Stadträtin Kahr möchte auch hier gleich gerne antworten.

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Richtig ist, dass die Wartezeit für Großfamilien länger ist als für Ein-, Zwei- oder Dreipersonenhaushalte, also ab fünf Personen ist nicht ganz richtig, es beginnt schon das Problem, die Wartezeit 18 bis 24 Monate, das ist bei uns die längste Wartezeit. Außer, das muss man dazusagen, wenn Familien schon mehrere Angebote für Gemeindewohnungen erhalten haben, dann kann sein, dass, wenn sie das ablehnen, wieder eine Frist eintritt. Graz, und das muss man wirklich doppelt unterstreichen, ist in der Wartezeit trotz einer Verdreifachung der Ansuchen bei den Großfamilien im unteren Drittel. So warten zum Beispiel in Wien drei bis fünf Jahre Großfamilien auf eine Gemeindewohnung, in Salzburg ist es noch viel prekärer und in anderen Großstädten und gar nicht zu reden in der Steiermark, wo einfach eine beschränkte Anzahl an Gemeindewohnungen da ist, da können, wenn man zum Beispiel in Umlandgemeinden um eine Gemeindewohnung ansucht, ist momentan überhaupt gar keine Chance. Das ist ja mit ein Grund, warum viele Familien nach Graz kommen und hier um eine Gemeindewohnung ansuchen. Es hat natürlich auch was immer mit den schwierigeren Einkommensverhältnissen der Leute zu tun, Arbeitsplatzverlust usw., es wird noch mehr Ansuchende in Zukunft geben. Das Wohnungsamt und auch die Koordinierungstätigkeit vom Bürgermeister, also die Anfrage kann man ihm gerne stellen, aber ich frage mich, was er koordinieren will; die einzige Antwort, die hier sein kann, ist, wir brauchen mehr leistbaren Wohnraum in Graz und zwar nicht seit jetzt, sondern das hätten wir schon seit 15 Jahren machen müssen. In der jetzigen Regierung, das kann ich nicht oft genug sagen, gibt es zumindest die Bereitschaft, hier uns zu unterstützen, das hat meine Fraktion in den letzten zehn Jahren vermisst, weil immerhin war der Finanz- und der Liegenschaftsreferent von der SPÖ, wir haben hier null Grundstücke erhalten und genau das ist der springende Punkt, man kann hier immer hundertmal die selbe Frage richten, das Angebot und die Wartezeit kann nur dann verbessert werden, wenn wir mehr leistbaren Wohnraum kriegen, das bedarf auch mehr Wohnbaufördermittel vom Land, das kommt ja auch noch dazu. Wie die Situation jetzt ist, die Richtwerte werden wieder angehoben, die Wohnbeihilfe an die Leute wird wieder weitersteigen, der Landeshauptmann Voves hat sogar gesagt, die Wohnbaufördermittel sollen gekürzt werden. Eigentlich müssten Sie wirklich hier Ihre eigenen Kollegen und Kolleginnen fragen, wie Sie es mit der Wohnbaupolitik halten (*Applaus KPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Große Familien, die eine Sozialwohnung benötigen, sind derzeit mit enorm langen Wartezeiten konfrontiert. Die Ursache liegt einerseits daran, dass das Angebot an Sozialwohnungen für große Familien derzeit sehr beschränkt ist. Andererseits wurden in der Vergangenheit weniger Wohnungen dieser Größe gebaut. Auch die Aussicht, dass ein paar neue Gemeindewohnungen gebaut werden sollen, mildert die oftmals prekäre Situation dieser Familien nicht.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

wie die Stadt bzw. Sie als Bürgermeister im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz im städtischen Bereich hier Lösungen schaffen können?

**5) Sozial verträgliche Preise in Grazer Freibädern**

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann**: Herr Bürgermeister, Sie haben es richtig gesagt, alle Jahre wieder um die gleiche Zeit kommt von uns eine Anfrage an Sie bezüglich der Eintrittspreise in die Freibäder der Stadt Graz. Wir bitten Sie auch diesmal wieder, nachdem zwar im Vorjahr sicher Verbesserungen stattgefunden haben, aber die für uns noch lange nicht ausreichend sind, dass Sie in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender hier wieder aktiv werden. Ich möchte das hier nicht sagen, Sie haben das in der schriftlichen Anfrage genau detailliert. Die Stadt Graz ist eben noch immer hinten bei, also voraus eigentlich bei den Preisen, aber eben in der Höhe der Preise. Danke (*Applaus KPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Mit 10. Mai beginnt in den Freibädern der Grazer Freizeitbetriebe die Badesaison 2010. Für viele Kinder, Jugendliche, Familien und auch SeniorInnen, die sich keinen großartigen Auslandsurlaub am Meer leisten können, sind die Grazer Freibäder im Sommer eine wichtige Möglichkeit zur Erholung. Dies gilt umso mehr in Zeiten der Krise, wo öffentliche Freibäder die soziale Aufgabe erfüllen sollten, für Familien und BezieherInnen niedriger Einkommen eine sinnvolle und gesunde Alternative zu teuren Freizeitprogrammen anzubieten.

Voraussetzung dafür ist eine sozial verträgliche Gestaltung der Preise. Ein Vergleich der Bäderpreise 2009 mit jenen in anderen Landeshauptstädten Österreichs zeigt aber, dass diese in Graz fast durchwegs am höchsten sind. Einige Beispiele:

Stadt	Tageskarte Erwachsene	Tageskarte f. 7-14-Jährige	Mindestpensionisten, Behinderte, Studenten	Familienkarte
Graz	EUR 5,70	EUR 2,50	EUR 3,60	EUR 13,50
Wien	EUR 4,70	EUR 1,60	EUR 3,70	EUR 11,70
Linz	EUR 3,50	EUR 1,75	EUR 1,75	EUR 8,--
St. Pölten	EUR 3,60	EUR 1,20	EUR 3,60	EUR 8,20

Die Eintrittspreise für 2010 liegen laut Auskunft der Grazer Freizeitbetriebe noch nicht vor. Aus diesem Grund ist es dringend notwendig, dass von Seiten der Stadt Graz rechtzeitig bei den Stadtwerken interveniert wird, die Preisgestaltung nochmals zu überdenken und die Preise sozial verträglich zu gestalten.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

**A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, sich bei den Grazer Freizeitbetrieben dafür einzusetzen, dass

1. die Eintrittspreise zumindest auf das Niveau vergleichbarer österreichischer Städte (siehe Aufstellung) gesenkt werden,
2. die Benützung der Freibäder für Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre gratis ist und
3. die BezieherInnen von niedrigen Einkommen bis 1.000,- Euro ab sofort in die Gespräche für den Aktivpass, der den kostenlosen Eintritt bei den Grazer Freibädern vorsieht, miteinbezogen werden?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **6) Reformvorschläge des MigrantInnenbeirats der Stadt Graz**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine erste Anfrage betrifft die Reformvorschläge des MigrantInnenbeirates der Stadt Graz. Aus diesem Grund richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Anfrage: Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, damit die Reformvorschläge des MigrantInnenbeirats der Stadt Graz bald in einer Gemeinderatssitzung behandelt werden können (*Applaus KPÖ*)?

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Der MigrantInnenbeirat der Stadt Graz hat in den letzten Jahren eine intensive Reformdiskussion geführt und Vorschläge erarbeitet, die unter anderem strukturelle

Änderungen beinhalten, um die Wirksamkeit ihrer Arbeit noch weiter optimieren zu können. In diesen Diskussionsprozess waren auch VertreterInnen der jeweiligen Parteien einbezogen. Die Ergebnisse wurden jedoch noch immer nicht im Gemeinderat vorgestellt.

Deshalb richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, damit die Reformvorschläge des MigrantInnenbeirats der Stadt Graz bald in einer Gemeinderatssitzung behandelt werden können?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **7) Stellenbesetzung im Integrationsreferat der Stadt Graz**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Meine zweite Anfrage bezieht sich auf die Stellenbesetzung im Integrationsreferat der Stadt Graz. Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Anfrage: Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass der Dienstposten im Integrationsreferat möglichst bald besetzt wird bzw. dass die dafür vorgesehenen Mittel auch im Jahr 2010 dem Integrationsreferat zur Verfügung stehen? Ergänzend möchte ich noch aus dem Motivenbericht, das ich natürlich irgendwie besonders auch die Arbeit der Integrationsreferentin, der Frau Brigitte Köksal hervorgestrichen

hat, weil sie sehr wertvolle Arbeit leistet, diesen Satz möchte ich doch noch gerne aus dem Motivenbericht einbringen (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, das kann man durchaus unterstreichen. Es war ja die Frau Köksal, die gemeint hat, den Dienstposten würde sie auch bei ihrem Arbeitspensum einsparen, aber sie würde diese Mittel gerne eben den Betroffenen zur Verfügung stellen. Ich muss mir jetzt nur noch einmal mit ihr gemeinsam anschauen, ob wir durch die Budgetmethodik, die wir drinnen haben, um diese Gelder umgefallen sind, weil das sollte nicht der Fall sein, das heißt, die müssten wir wieder lukrieren und dafür werde ich mich einsetzen.

StRin. **Edlinger**: Ich möchte auf eines hinweisen. Wir haben einen gültigen Gemeinderatsbeschluss, noch aus der letzten Gemeinderatsperiode, wo festgehalten ist, dass im Integrationsreferat zwei Referenten/Referentinnen zum Einsatz kommen. Und das ist natürlich sehr positiv, wenn auch die Frau Köksal darum bemüht ist, neben dem vielen, was sie leistet, einfach zusätzliche Mittel zu ermöglichen für Initiativen, für Projekte, aber die zweitgrößte Stadt in Österreich braucht, denke ich mir, auch entsprechend diesem Gemeinderatsbeschluss eine personelle Ausstattung im Integrationsreferat, weil je mehr Leute dort arbeiten, desto mehr ist auch möglich voranzubringen und gemeinsam voranzutreiben (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir entsprechen diesem Gemeinderatsbeschluss insofern, dass dort ja zwei Mitarbeiterinnen arbeiten. Das was wir nur generell uns vorgenommen haben ist, dass diese Mittel, die der Herr Mahmoudi vorher gekostet hat, dass wir die auch den Migrantinnen und Migranten und den Projekten zur Verfügung stellen, und den Weg sind wir gegangen. Wenn wir also wieder jemanden auch mit einem Migrationshintergrund dort noch zusätzlich anstellen wollen, dann werden diese Mittel weg sein und das ist die Debatte, die wir da quasi drüber führen können. Wir

haben entschieden, es soll, nachdem das mit den beiden Damen dort auch funktioniert, in erster Linie den Betroffenen zugute kommen und jetzt muss ich nur schauen, dass wir die Mittel im heurigen Jahr auch wieder drinnen haben, weil durch den Wegfall des Dienstpostens ist es, glaube ich, auch passiert, dass das Geld im Amt nicht zur Verfügung steht oder im Referat.

StRin. **Edlinger**: Aktuell arbeitet dort eben die Frau Köksal als Referentin und eine Mitarbeiterin im Sekretariatsbereich. Bei den politischen Diskussionen in der letzten Gemeinderatsperiode zur Einrichtung des Integrationsreferates sind wir immer von zwei Referenten/Referentinnen ausgegangen, deswegen haben früher auch drei Leute dort gearbeitet, nämlich der Salam, die Brigitte und eben eine Unterstützung im administrativen Bereich. Wie gesagt, das Problem ist, die Frau Köksal nimmt natürlich auch viel Arbeit wahr und zeigt viel Engagement weit über das, was sonst oft Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen bringen, nur wenn ich mehr personelle Ressourcen in diesem Referat habe, dann tue ich mir einfach auch leichter wirklich im konzeptiven Bereich, im strategischen Bereich, wenn es um integrationspolitische Zielvorstellungen der Stadt geht, hier einfach was noch schneller, rascher, konzentrierter vorzubringen und auf das hat sich ja auch damals der Beschluss im Gemeinderat bezogen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Dazu wäre vielleicht wieder zu sagen, dass der administrative Bereich vorher nicht gesichert war und dass da eine Kraft hinzugekommen ist, dass wir diesen Weg jetzt gewählt haben und dass wir generell, deswegen bin ich auch durchaus für die Gesamtdiskussion wieder auch innerhalb des Gemeinderates, dass wir auch einmal diese Querschnittsmaterie noch einmal beleuchten. Weil wir auch gesagt haben, wir müssen alle, die wir in unseren Budgets Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch Budgets dafür vorgesehen haben, an einem Strang ziehen. All das, was ich jetzt in diesem Bereich habe oder was im Schulbereich auch jetzt vorhanden ist, ist ja erst in den letzten Jahren dazugekommen. Diese Gelder hat es ja de facto vorher nicht gegeben. Aber wir müssen uns halt auch nach der Decke

strecken, vielleicht schaffen wir da was. Die Diskussion können wir führen, wir haben nur im vergangenen Jahr, auch weil die Frau Köksal gesagt hat, sie schafft es mit dieser Konstellation, gesagt, dann geben wir das Geld dorthin und jetzt gilt es aber in erster Linie, auch dieses Geld im heurigen Jahr und für die nächsten Jahre einmal wieder abzusichern, dass es nicht weniger wird.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit Anfang April 2009 ist ein Dienstposten im Integrationsreferat der Stadt Graz nicht mehr besetzt. Die Integrationsreferentin, Frau Brigitte Köksal, leistet mehr als erfolgreiche Arbeit. Sie wird jedoch nicht in der Lage sein, die immer mehr steigenden Arbeitsanforderungen allein abzudecken. Im letzten Jahr wurden die frei werdenden finanziellen Mittel zweckgebunden für inhaltlich erforderliche Zuarbeiten verwendet.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass der Dienstposten im Integrationsreferat möglichst bald besetzt wird bzw. dass die dafür vorgesehenen Mittel auch im Jahr 2010 dem Integrationsreferat zur Verfügung stehen?

**8) Marburger-Straße – Tempo 30**

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Marburger Straße ist eine Vorrangstraße, von daher meine Anfrage: Stimmt es, dass

Tempo 30 in der Marburger Straße trotz großer Bedenken der zuständigen Ämter und der Fachleute eingeführt wurde (*Applaus KPÖ*)?

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In der Marburger-Straße wurde Tempo 30 verordnet, obwohl es sich dabei um eine Vorrangstraße handelt. Deshalb haben sich AnrainerInnen an die KPÖ mit der Bitte gewandt, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Die KPÖ hat seinerzeit die Einführung von Tempo 30 auf Nebenstraßen in Graz befürwortet und mitgetragen. Im konkreten Fall dürfte es sich aber um ein spezielles Problem handeln. Unseren Informationen nach ist diese Verkehrsmaßnahme durch die Straßenverkehrsordnung nicht gedeckt.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**A n f r a g e :**

Stimmt es, dass Tempo 30 in der Marburger-Straße trotz großer Bedenken der zuständigen Ämter und der Fachleute eingeführt wurde?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9) Schlechter Zustand der Grazer Fußgängerzonen**

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Bürgermeister! Wie bereits erwähnt, geht es bei meiner Anfrage um den schlechten Zustand der Grazer

Fußgängerzonen. Nach der erfolgreichen Sanierung der wichtigsten Grazer Flaniermeile, der Grazer Herrengasse, stellt sich jetzt folgendes Problem, dass die restliche Fußgängerzonen in derart schlechtem und hässlichem Zustand sich befinden, dass an ein Flanieren nicht mehr zu denken ist und deshalb die Anfrage an Sie. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um die Fußgängerzonen in der Grazer Innenstadt zu sanieren und in einen der Kulturhauptstadt Graz würdigen herzeigbaren Zustand zu bringen (Applaus KPÖ)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, werden wir geschäftsordnungsgemäß erledigen, wir haben allerdings auch heute, die Frau Vizebürgermeisterin hat ja dazu auch ganz klar eine Stellungnahme schon abgegeben.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Im Herbst 2009 wurden die Arbeiten an der wichtigsten Grazer Flaniermeile, jene in der Herrengasse, abgeschlossen. Wie es jedoch ein paar Meter abseits der Herrengasse aussieht, spricht nicht gerade für eine historische Kulturhauptstadt, die zum Flanieren einlädt: Egal ob Mariahilferplatz rund um das Kunsthausviertel oder Schloßbergplatz, Sporgasse, Färberplatz, Mehplatz, Glockenspielplatz, Bischofsplatz, Stempfergasse, Hans-Sachs-Gasse, Albrechtgasse, Stubenberggasse, Schmiedgasse oder im Franziskanerviertel, die eklatanten Mängel am Belag der FUZO laden eher zum Spießrutenlauf als zum Flanieren ein. So wurden und werden defekte und kaputte Bodenplatten einfach nur mit hässlich aussehendem Asphalt zugestopft, anstatt sie durch neue zu ersetzen.

Das Problem liegt einerseits an der teuren Anschaffung neuer Bodenplatten, andererseits an der Bodenbeschaffenheit im Zusammenhang mit Ladetätigkeiten schwerer Fahrzeuge, die täglich die FUZO frequentieren.

Graz darf nicht verkommen. Gerade unsere Plätze und Gassen im historisch wertvollen Innenstadtbereich gehören für unsere BürgerInnen ständig saniert und restauriert.

Ich stelle deshalb an Sie namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um die Fußgängerzonen in der Grazer Innenstadt zu sanieren und in einen herzeigbaren Zustand zu bringen?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **10) Tätigkeitsbericht betreffend die Ordnungswache**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Vor wenigen Jahren ist ja hier in diesem Gemeinderat die Einführung der Ordnungswache beschlossen worden. Es gibt jetzt doch hie und da anders lautende Meinungen in den Medien und auch der Bevölkerung, deswegen stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage: Bist du bereit, dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung einen ausführlichen Bericht über die Ordnungswache, der die bisherige Tätigkeit und einen Ausblick auf die Jahre 2010 und 2011 umfasst, vorzulegen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das tue ich gerne. Ich möchte deine Anfrage gleich zum Anlass nehmen, um das Thema Ordnungswache hier einmal zu thematisieren. Wir haben

bei der Ordnungswache das Problem, dass es immer wieder auch Kolleginnen und Kollegen gibt, die entweder krankheitsbedingt einmal uns verlassen oder nicht da sind, wir haben das Thema, dass sich manche auch für andere Jobs wieder bewerben und die auch eine Ausbildung im Vorfeld brauchen. Und wir reden ja auch darüber, dass wir trotz Einsparungen es schaffen wollen, die Ordnungswache aufzustocken, deswegen habe ich zwei Dinge unternommen. Das eine ist, auch einmal mit der Ordnungswache gesprochen und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebeten, mir zu sagen, was für sie in ihrer Ausübung täglich die größte und schwierigste Herausforderung ist und es ist eindeutig so, dass das Fehlen des Anhalterechtes gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ihnen wirklich den Dienst erschwert. Das heißt, wenn jemand, die Ordnungswache kann eine Anzeige durchaus machen, allerdings musst du auch jemanden anhalten können und wenn der einfach weitergeht oder weiterfährt, dann endet, wenn ich so sagen darf, die „Macht“ einer Bediensteten oder eines Bediensteten, und da müssen wir einfach drüber nachdenken. Soweit ich informiert bin, ist dieses Anhalterecht mittlerweile auch schon den Sicherheitskräften auf den österreichischen Bahnhöfen zuerkannt worden, also darüber müssen wir einmal diskutieren und auch mit dem Land sprechen und es gibt eine weitere Überlegung, weil ich mit dem Personal- und Finanzreferenten natürlich gesprochen habe, wie wir eine Aufstockung finanzieren sollen, und da prüfen wir im Moment gerade die Möglichkeit, ob jene Damen und Herren, die zur Zeit für uns den Parkraum überwachen, also sprich beim städtischen Unternehmen sind, GPS, und hier schauen, ob die Autos wohl auch den Parkschein ausgefüllt haben, dass wir da durch eine Kooperation, natürlich durch die geeignete Schulung und Nachfragen, ob das rechtlich überhaupt möglich ist, nicht sagen, die sind sowieso hundert Leute auf der Straße und die werden in diese Ordnungswache gleich miteingebunden. Also ich glaube, das wäre eine gute Anregung, wir müssen nur schauen, ob es rechtlich auch funktioniert, dann würden wir mit einem Schlag, wenn ich so sagen darf, auch sehr, sehr viele Kräfte auf der Straße haben, die diese vielen Bagatelldelikte auch überprüfen, und den Bericht drüber jederzeit, was an Strafen, an Abmahnungen da ist, wie viele Stunden sie wo im Einsatz waren, das können wir gerne machen.

GR. **Baumann**: Nur ganz kurz, da das ein wichtiges Thema ist und es mit der GPS und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GPS eine Idee ist, die in dem grün/schwarzen Arbeitskreis diskutiert wird und genau diese Fragen auch vorbereitet sind, damit dann zu tollen und guten Lösungen kommen auch. Auch was den Personalwechsel angeht von einer städtischen Einrichtung zu einer anderen, das ist nur als Ergänzung noch dazu.

GR. **Kolar**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Diese Diskussion und die letztendliche Darstellung des Herrn Bürgermeister beruht letztendlich auch darauf, dass es ja schon seit einiger Zeit darüber im Haus Diskussionen gibt letztendlich auch mit der Bedienstetenvertretung, sprich mit der Personalvertretung. Ich darf erinnern, dass wir im Dezember auch so ein Schreiben in dieser Art abgefasst haben, nämlich diese beiden Bereiche in einer Hand zu organisieren, um letztendlich diese Ressourcen zu nutzen und ich glaube, es ist eine gute Idee, die inhaltlich dementsprechend aufbereitet gehört und dann letztendlich auch umgesetzt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herzlichen Dank, also ich spüre, dass das etwas Vernünftiges ist, dass alle mit am Strang ziehen, möchte aber auch noch mitanmerken, dass natürlich auch die Kooperation mit dem Sozialbereich, was den öffentlichen Bereich angeht, auch da weiter gepflogen werden muss und dass auch da in den Arbeitskreisen und auch in der Zusammenarbeit mit dem Sozialbereich und der Frau Stadträtin noch vieles zu tun ist, damit das Thema Sicherheit jetzt einmal jenseits der Polizeieigenen, dass wir da in der Stadt Graz einen Schritt weiterkommen, aber du hast gleich einen zweiten Antrag, der die Polizei betrifft.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Vor einigen Jahren wurde im Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz die Einführung der Ordnungswache beschlossen. Diese Maßnahme wurde von den

meisten Parteien im Grazer Gemeinderat sehr begrüßt, weshalb auch regelmäßig - vor allem zu Wahlkampfzeiten - ein „Vaterschaftsstreit“ über die Urheberschaft dieser Ordnungswache stattfindet.

Leider sind in den letzten Wochen und Monaten seitens der Bevölkerung und den Medien Misstöne die Ordnungswache betreffend zu vernehmen.

Hierbei ging es um vermehrte Krankenstände, Versetzungstendenzen und um eine zu geringe Anzahl an Frauen und Männern im Streifendienst.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklub stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e :**

Bist du bereit dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung einen ausführlichen Bericht über die Ordnungswache, der die bisherige Tätigkeit und einen Ausblick auf die Jahre 2010 und 2011 umfasst, vorzulegen?

#### **11) Fahrradpolizei**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: In dem Fall sind wir wieder bei der Polizei gelandet, auch ein oftmaliges Thema schon hier im Haus, die Fahrradpolizei im Stadtpark beziehungsweise in anderen Parkanlagen. Ich will nur gleich zur Anfrage kommen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, bist du bereit mit den zuständigen Stellen der Polizei in Kontakt zu treten, um auf den Bedarf der Stadt Graz an der dauerhaften Einführung von Fahrradstreifen - speziell in den Sommermonaten in öffentlichen Parkanlagen und an öffentlichen Plätzen - hinzuweisen? Noch dazugesagt, dass ja mehrmalige Anläufe schon genommen wurden und dass es jetzt relativ dringlich ist und dringend, weil ja das Frühjahr vor der Türe steht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich habe ja da permanent mit der Polizei Kontakt, angeblich soll das heuer wieder gestartet werden. Ich hoffe, dass das endlich einmal der Fall sein wird das Thema Fahrradpolizei, wir haben damals auch den Verletzten gehabt, dann haben sie das gleich wieder rückgängig gemacht. Ich bin genauso interessiert daran, dass diese Idee am Leben bleibt. In den Gesprächen, ich glaube, morgen gibt es wieder ein Gespräch darüber mit der Polizei, werde ich das wieder miteinfordern.

***Zwischenruf GR. Eichberger: Polizisten, keine Fahrräder.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Fahrräder und Polizisten.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Vor einigen Jahren vollmundig aus der Taufe gehoben, in der Folge einmal in Erscheinung getreten und dann in der Versenkung verschwunden.

So lautet die Kurzbiographie des Projektes Fahrradpolizei in Graz. Das Unterfangen ist einfach am Personalmangel gescheitert und findet auch in der Gegenwart aus demselben Grund keine Umsetzung. Allerdings beweisen andere österreichische Städte, dass dieses Projekt durchaus erfolgreich in die Tat umgesetzt werden kann.

In Salzburg, St. Pölten, Gmunden und auch Wien gehen seit geraumer Zeit Fahrradpolizisten auf Streife. In Wien sind die Zweiradpolizisten vor allem in der Wiener City, im 5., 19., 21. und 22. Bezirk unterwegs. Die Erfahrungsberichte sind durchwegs positiv. Nun denkt man sogar an eine Aufstockung der Fahrradstreifen von 29 auf 54 Polizisten, zumal sich auch vermehrt Polizeibedienstete freiwillig melden.

Von der Projektleitung werden auch die zahlreichen Vorteile des Fahrradstreifendienstes besonders hervorgehoben. Vor allem in Parks oder schmalen Straßen sei der Fahrradpolizist gegenüber den Kollegen im PKW im Mobilitätsvorteil, wissen Polizisten zu berichten. Mit Beginn der schönen Jahreszeit steigt auch in unserer Stadt der Bedarf an mobilen und rasch verfügbaren Einsatzkräften. Es drängt sich daher die Frage nach dem Verbleib der Grazer Fahrradpolizisten auf. Deshalb richte an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e :**

Bist du bereit, mit den zuständigen Stellen der Polizei in Kontakt zu treten, um auf den Bedarf der Stadt Graz an der dauerhaften Einführung von Fahrradstreifen - speziell in den Sommermonaten in öffentlichen Parkanlagen und an öffentlichen Plätzen - hinzuweisen?

### **12) Errichtung eines Gehsteiges in der Waltendorfer Hauptstraße auf Höhe des Lebensmittelhandels Sauer; Stand der Dinge**

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage bezieht sich auf die Errichtung eines Fußgängerüberganges in der Waltendorfer Hauptstraße. Da habe ich bereits am 22. Oktober letzten Jahres einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Da ich aber bis jetzt weder positiv oder negativ überhaupt eine Antwort bekommen habe, noch kann man feststellen, dass dort was passiert an baulicher Tätigkeit, ist jetzt meine Anfrage an Sie: Wird in gegenständlicher Angelegenheit seitens der Stadt Graz überhaupt etwas unternommen werden, und bis wann darf man mit der Realisierung allfälliger Maßnahmen rechnen?

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In der Gemeinderatssitzung vom 22.10.2009 habe ich in Form eines Antrages auf die Notwendigkeit der Errichtung eines Fußgängerüberganges auf Höhe des Lebensmittelnahversorgers Sauer in der Waltendorfer Hauptstraße hingewiesen. Die Gründe hierfür wurden im Motivenbericht meines damaligen Antrages ausreichend dargelegt. An der dargestellten Problem- und Gefahrensituation hat sich bis dato nichts geändert.

Unverändert blieb auch die dringende Notwendigkeit, diese verkehrstechnische Gefahrenquelle umgehend zu beseitigen.

Da mein Antrag vom Oktober des Vorjahres bislang aber unbeantwortet blieb und da entsprechende bauliche Tätigkeiten im Sinne meines Antrages ebenso wenig zu erkennen sind, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

**A n f r a g e :**

Wird in gegenständlicher Angelegenheit seitens der Stadt Graz überhaupt etwas unternommen werden, und bis wann darf mit der Realisierung allfälliger Maßnahmen gerechnet werden?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**13) Fördergelder aus dem Katastrophenfonds des Landes Steiermark**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir haben in mehreren Gemeinderatssitzungen über die Schäden der Ereignisse Juli/August 2009 ja

mehrfach beraten und gesprochen. Es geht um ausstehende Fördergelder aus dem Katastrophenfonds des Landes Steiermark. Nach meinen Informationen mit Stichtag 22. März haben noch immer viele Geschädigte keine Fördergelder aus dem Katastrophenfonds des Landes erhalten, demnach kann aus meiner Sicht, das ist meine Bewertung, bis dato, nachdem schon ein gutes halbes Jahr her ist von einer kompetenten und raschen Hilfe dieser besonders Heimgesuchten, einige wurden ja drei- bis viermal überflutet, dieser heimgesuchten Hochwasseropfer keine Rede sein. In diesem Zusammenhang stellen wir daher die Anfrage, Herr Bürgermeister, warum verzögert sich die Auszahlung dermaßen, wann werden die Geschädigten ihr Geld aus dem Katastrophenfonds des Landes Steiermark endlich erhalten und erklären Sie sich als Bürgermeister bereit, rasch unterstützend tätig zu werden und hierzu mit den zuständigen Stellen der Landesregierung respektive Landesverwaltung Kontakt aufzunehmen, um eine unverzügliche und korrekte Auszahlung zu urgieren? Bitte um Unterstützung (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem ich jetzt nicht selbst drüber informiert bin, was ausgezahlt worden ist oder was nicht, darf ich auch bitten, dass jene Informationen, die du hast, auch an mich weitergeleitet werden, weil dann können wir im speziellen Fall auch gleich mit anfragen. Dass du mir die auch weitergibst, dann können wir auch speziell anfragen. Bitte darum.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Dieser Tage wurden wir informiert, dass per Stichtag 22.3.2010 noch immer keine Fördergelder aus dem Katastrophenfonds des Landes Steiermark an viele geschädigte Grazerinnen und Grazer des Hochwassers Juli/August 2009 ausbezahlt worden sind.

Demnach kann von einer kompetenten und raschen Hilfe seitens des Landes für die betroffenen Hochwasseropfer, da diese noch immer keinen Cent aus dem Katastrophenfonds ausbezahlt bekommen haben, keine Rede sein.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher folgende

**A n f r a g e :**

1. Herr Bürgermeister, warum verzögert sich die Auszahlung dermaßen?
2. Wann werden die Geschädigten ihr Geld aus dem Katastrophenfonds des Landes Steiermark endlich erhalten?
3. Erklären Sie sich als Bürgermeister bereit, rasch unterstützend tätig zu werden und hierzu mit den zuständigen Stellen der Landesregierung respektiere Landesverwaltung Kontakt aufnehmen, um eine unverzügliche und korrekte Auszahlung zu urgieren?